

| | |
|---------------------|--|
| Zeitschrift: | Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik |
| Herausgeber: | Widerspruch |
| Band: | 8 (1988) |
| Heft: | 15 |
| Artikel: | Dritt Weltbewegung und der IWF : Feststellungen nach der entwicklungspolitischen Tagung vom 3. März in Bern 1988 : unterschiedliche Positionen - unterschiedliche Strategien |
| Autor: | Bosshard, Peter |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-652113 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dritt Weltbewegung und der IWF

Feststellungen nach der entwicklungspolitischen Tagung vom 3. März in Bern 1988: Unterschiedliche Positionen — unterschiedliche Strategien

Als einer der wichtigsten Finanzplätze der Welt ist die Schweiz nicht im Internationalen Währungsfonds (IWF) vertreten. Wirtschaft und Regierung möchten diesen Beitritt schon seit langem nachholen. 1982 erklärte der Bundesrat, er wolle „zu gegebener Zeit“ Mitglied beim IWF und bei der Weltbank werden. Innerhalb der entwicklungspolitischen Szene ist die Haltung gegenüber einem solchen Beitritt eine der wenigen wirklich umstrittenen Fragen. Welches sind die Gründe für die unterschiedlichen Positionen? Welche längerfristigen Strategien stehen dahinter? Eine Diskussion solcher Fragen fand bisher kaum statt. Der folgende Beitrag möchte sie — aus der Sicht eines Beitritt-Gegners — eröffnen.

Für den Drang von Bundesrat und Wirtschaft hin zum IWF gibt es drei hauptsächliche Gründe.

Erstens: Die schweizerische *Exportindustrie* verdankt der Weltbank (die mit dem IWF liiert ist) jedes Jahr Aufträge in der Höhe von mehreren 100 Mio. Franken. Wenn die Schweiz den beiden Institutionen nicht bald beitritt, sind diese Aufträge (zumindest teilweise) in Gefahr. Zweitens ist die Verschuldungspolitik des Währungsfonds auch für die *Schweizer Banken* von grosser Bedeutung — ohne dass diese dessen Entscheide (direkt oder indirekt) mitbeeinflussen könnten. Und drittens geniesst die offizielle Schweiz wegen ihres Abseitsstehens unter den Industrieländern ein wenig den *Ruf eines Trittbrettfahrers*. Das dürfte ihre Stimme auch in anderen währungspolitischen Fragen gelegentlich schwächen.

Aus Angst vor einem (wahrscheinlich erfolgreichen) Referendum wagte

es der Bundesrat jedoch bisher nicht, einen Beitritt konkret vorzuschlagen. Stattdessen zog er es in den vergangenen Jahren vor, sich dem IWF auf Schleichwegen anzunähern. Seit 1984 ist die Schweiz Mitglied des 10er Klubs, welcher ein finanzielles Reservepolster des Währungsfonds bildet. Sie finanziert immer mehr Projekte und Programme der IDA und trat 1987 auch der MIGA (einer neuen Weltbank-Tochter zum Schutz von Auslandinvestitionen) bei. Im kommenden Herbst wird der Bundesrat dem Parlament zudem eine Vorlage präsentieren, wonach die Schweiz 380 Mio. Franken direkt an die sogenannte Strukturanpassungsfazilität des IWF bezahlen soll. (Diese neue Kreditlinie vergibt Darlehen zu weicheren Rückzahlungsbedingungen als bisher.)

Es ist verständlich, dass der Bundesrat den IWF-Beitritt (vorläufig) nicht forcieren will. Scheitern würde eine solche Vorlage an einer (zugegebenermassen unheiligen) Allianz von entwicklungspolitischen und isolationistischen Kreisen. Die wichtigsten *Vertreter des Widerstands* gegen einen Beitritt waren bisher die „Erklärung von Bern“ (EvB) und die „Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt“. Auch die SPS hat an ihrem Parteitag von 1986 beschlossen, eine allfällige IWF-Vorlage zu bekämpfen. (Dies geschah gegen den Willen des Parteizentrums, aber mit sehr grosser Mehrheit.) Grundsätzlich eher positiv steht dafür die Arbeitsgemeinschaft der grossen Hilfswerke einem Beitritt gegenüber; diese besteht aus „Swissaid“, „Helvetas“, „Fastenopfer“ und „Brot für Brüder“.

Die *entwicklungspolitischen Gründe*

für die Ablehnung der IWF-Politik sind klar. In der aktuellen Verschuldungs-krise spielt der Währungsfonds die Rolle eines Betreibungsamts für die Geschäftsbanken. Seine wirtschaftlichen „Sanierungsprogramme“ führen regelmässig zu einer ungeheuren Vererlen-dung breiter Bevölkerungsschichten – und nicht selten auch zu einer Zerstö-rung der industriellen Ansätze dieser Länder. Zwar ist es klar, dass die Dritt-welt-Länder ihre Wirtschaftsstrukturen den veränderten weltweiten Bedingun-gen anpassen müssen. Doch sollte dies nicht durch eine brutale Marktöffnung und eine Umverteilung nach oben ge-schehen, sondern durch eine Beteili-gung und Mobilisierung der Bevölke-rung, eine Umverteilung von Macht und Landbesitz nach unten. Zudem sollten die Kosten dieser Anpassung nicht einseitig auf der Dritten Welt la-sten. Der IWF jedoch ist ein einseitiger Vertreter der Gläubigerinteressen. (Ein hoher schweizerischer Beamter bezeichnete ihn 1987 richtigerweise als „Polizist für die Ordnung der Wäh-rungsverhältnisse in der Welt“.)

Die oben erwähnten *Hilfswerke* wären sehr wahrscheinlich mit dieser Kritik am IWF einverstanden. Sie befürwor-teten jedoch dennoch einen schweizeri-schen IWF-Beitritt aus taktischen Gründen, wie sie sagen. Ihr entwick-lungspolitischer Koordinator, Richard Gerster, vertrat in einem Gespräch, das auszugsweise in der Zeitschrift „mos-quito“ (7/1987) veröffentlicht wurde, die „Grundhaltung, dass Mitmachen besser ist als Abseitsstehen“. Dahinter steckt die Hoffnung, dass die Hilfswer-ke zukünftig die Entwicklungs- und Währungspolitik der Schweiz positiv beeinflussen könnten — und sich diese dann innerhalb des IWF für eine fort-schrittlichere Politik einsetzen würde.

Natürlich ist dies eine sehr *schwache Hoffnung*. Ein hoher UNCTAD-Ver-treter meinte 1981, dass sich die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz beim Fonds „eher positiv“ auswirke, weil sich diese „bei Finanzfragen fast immer im Lager der konservativsten Industrieländer“ be-finde. Seither hat sich diese Einschät-

zung mehrfach bestätigt. Die National-bank-Präsidenten Leutwiler und Languetin haben Forderungen nach „entwicklungspolitischen Leitplanken“ für die Beziehungen zum IWF klar zu-rückgewiesen. Im Herbst 1987 hielt es der Bundesrat nicht für nötig, an einer Konferenz über die sozialen Auswir-kungen von Fonds-Programmen teilzu-nehmen. Und an der letzten UNC-TAD-Konferenz hat er sich (unisono mit den Regierungen der übrigen Indu-strieländer) geweigert, zur Frage der Verschuldung überhaupt Stellung zu beziehen.

Natürlich sind diese Tatsachen auch den Hilfswerken bekannt. Ihre befür-wortende Haltung ist denn auch eher ei-ne zwangsläufige Konsequenz ihrer *ge-nenrellen politischen Strategie*. — Wie sieht diese Strategie aus? Zentral sind darin die guten Beziehungen zu den zu-ständigen Verwaltungsstellen. Ihr Koordinator Richard Gerster baut dar-auf, dass es dort „auch im entwicklungs-politischen Bereich einen gewissen *Spielraum*“ für fortschrittliche Lösun-gen im Sinne einer entwicklungspoli-tischen Lobby-Arbeit zu nutzen gebe. Eine solche Tätigkeit basiert auf häufi-gen Gesprächen und anderen Kontak-ten mit der Verwaltung; ihre Voraus-setzungen sind Geduld, Kompromiss-bereitschaft — und das Vermeiden je-der Konfrontation. Der Verzicht auf die Gegnerschaft zum IWF-Beitritt ist die logische Konsequenz einer solchen Haltung, die auf die Zusammenarbeit und das Vertrauen des Verwaltungs-aparats baut.

In den relativ komplizierten Politik-Bereichen der Entwicklungszusam-menarbeit, der Exportfinanzierung oder der Handelspolitik ist eine solche Strategie wohl zweckmässig. Gerade Richard Gerster spielt seine Rolle ge-schickt und kompetent; in relativ gros-sen Teilen von Verwaltung und Politik wird auf seine Stimme gehört. Dennoch hat die Strategie der Hilfswerke *zwei gewichtige, ja entscheidende Haken*. Ei-nerseits haben zahllose Beispiele gezeigt, dass in der Schweiz der „Spiel-raum“ für fortschrittliche Lösungen

dort aufhört, wo die starken *wirtschaftlichen Interessen* beginnen. Um ihren „Spielraum“ in der Entwicklungspolitik zu vergrössern, setzen die Hilfswerke gezielt auf die Zusammenarbeit mit den fortschrittlicheren Parlamentsmitgliedern des bürgerlichen Lagers. Doch gerade in Fragen, die Wirtschaftsinteressen tangieren, kippen diese regelmässig wieder um. (Beispielsweise wandten sie sich gegen die Unterstellung der Pilatus Porter unter das Waffenausfuhrgesetz oder gegen den Courant normal für die Geschäfte mit Südafrika.) Die entwicklungspolitische Überzeugungsarbeit, die auf bürgerlichen Idealismus setzt, stösst sehr schnell auf klare, vorgegebene Grenzen.

Andererseits ist die Strategie der Hilfswerke nicht in der Lage, den vorhandenen „Spielraum“ zu erweitern. Die privaten Interessengruppen, die die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik beherrschen, gedeihen bestens in der Diskretion; angefochten werden können sie nur durch öffentlichen Druck. (Eine Studie, die demnächst erscheinen soll, zeigt beispielweise auf, wie das Waffenausfuhrgesetz genau so lange konsequent angewandt wurde, wie der öffentliche Druck dazu bestand [vgl. Peter Hug: Schweizerische Rüstungsindustrie, Waffenhandel und Friedenspolitik. 1988]. Durch den Verzicht auf offene Konflikte haben gerade die Hilfswerke dazu beigetragen, dass die Beziehungen zur Dritten Welt in der breiteren Öffentlichkeit *kein Thema* sind. Denn öffentlicher Druck entsteht dann, wenn Interessengegensätze offen gelegt werden, wenn Konflikte ausgetragen werden (selbst wenn dies unter Umständen kurzfristig zu kontraproduktiven Ergebnissen führen kann).

Öffentlicher Druck wird in Entscheidungsprozessen insbesondere dann wirksam und zur Kenntnis genommen, wenn er *referendumsfähig* ist. Das Thema IWF eignet sich aus diesem Grund besonders gut — wie eine Art Kristallisationskern —, eine breite Widerstandsbewegung gegen die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik zu mobilisieren. Auch was *andere Themen* be-

trifft, sollte doch die Dritt Welt-Bewegung noch verstärkten öffentlichen Druck herstellen können: bei der Verschuldungsfrage (Kapitalflucht, Entschuldung), bei den Exporten von Waffen und Atommaterial, von Pestiziden und Medikamenten, mit der Sanktionsforderung gegen Südafrika, bei den schweizerischen Grossprojekten in der Dritten Welt (z.B. Atatürk), eventuell bei den Rohstoffimporten.

Sinnigerweise erzielten auch die Hilfswerke einen ihrer grössten Erfolge, als sie 1983 einmal den Weg über die Öffentlichkeit wählten: Ihre Petition für die Entwicklungszusammenarbeit, für die sie über 200'000 Unterschriften sammelten, trug mit dazu bei, dass diese Zahlungen kontinuierlich erhöht wurden. Allerdings war diese Forderung nur finanzpolitisch umstritten.

Eine Strategie, die durch die Zusammenarbeit mit der Dritt Welt-Bewegung und durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung Einfluss zu nehmen versucht, vertreten fortschrittliche entwicklungspolitische Organisationen wie die *Erklärung von Bern*. Dies kann zur Arbeitsteilung, aber — wie in der Frage des IWF-Beitritts — auch zu politischen Kollisionen mit der Haltung der Hilfswerke führen. Die Mobilisierung eines verstärkten öffentlichen Drucks ist das mittelfristige Ziel dieser Organisationen. Darüberhinaus verstehen sie sich jedoch als Teil einer *weitergehenden gesellschaftlichen Opposition*. Denn ohne eine längerfristige Strategie zur Veränderung der ganzen Gesellschaft ist eine grundsätzliche Veränderung der ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen zur Dritten Welt nicht möglich.

Seit 20 Jahren ist die *Erklärung von Bern* (vgl.: Die Schweiz und die Entwicklungsländer. 1968) eine zentrale Ideen- und Informationsquelle der schweizerischen entwicklungs-politischen Bewegung und eine Lobby gegenüber Bundesrat und Parlament. Ihr wichtigster Wahlspruch lautet: „Es kommt weniger drauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen.“ Sie ist hauptsächlich in den Bereichen Wirt-

schaftsbeziehungen Schweiz – Dritte Welt, Ernährung und Konsum, Gesundheit/Medikamente sowie Kultur/Literatur aktiv.

Unter dem Titel „Auf Schleichwegen zum IWF?“ hat sie im Februar 1988 eine kleine Dokumentation herausgegeben. Diese befasst sich mit der internationalen Verschuldungskrise und der Rolle der Schweiz (und ist gratis erhältlich). Im Juni erscheint ihre Broschüre „Filz“ (ca. 60 S., ca. Fr. 8.—). In ihr werden die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik und ihre Mechanismen behandelt. Als Hintergrundslektüre

zum Thema eignet sich ausserdem das Buch „Warum sie so arm sind“ von Rudolf Strahm (217 S., Fr. 15.90).

Um ihre Anliegen zukünftig mit mehr Gewicht vertreten zu können, führt die EvB gegenwärtig eine Mitgliederkampagne durch (im Mitgliederbeitrag von 30 Franken ist ein Rundbrief enthalten, der fünfmal jährlich erscheint. Jedes Mal liegt ihm eine Dokumentation zu einem entwicklungs politischen Thema bei. Informationen erteilt: Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, 8005 Zürich).

Peter Bosshard

Aufruf zur Mitarbeit und Teilnahme am Kongress

Verschuldung, IWF – und wir in der Schweiz?

Am 1./2. Oktober in der Roten Fabrik, Zürich.

Diskussion in Arbeitsgruppen über u.a.: Internationale Arbeitsteilung — Werkplatz Schweiz; Auswirkungen auf die CH-Bevölkerung; Verschuldung — und Frauen, Gewerkschaften, Ökologie, Migration, Widerstandsbewegungen in der 3. Welt. Es lädt ein die Vorbereitungsgruppe: Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt, Centrale Sanitaire Suisse, Erklärung von Bern, Nicaragua-/El Salvador-Komitee, Vereinigung Schweiz-Vietnam, Schweiz-Kuba, Volksuni Zürich, Zentralamerika-Sekretariat, SAH. Information: J. Weis, 01 / 493 18 40.

Buchhandlung am Zürichberg

Bücher ♦ Antiquariat ♦ Papeterie

für

Literatur, Politik, Zeitgeschichte

Unsere Dienstleistungen:

Besorgung aller lieferbaren Bücher
Prompter Versand gegen Rechnung
Antiquarischer Büchersuchdienst

Zürichbergstr. 17 Tel. 01 / 47 57 33
8028 Zürich PC 80-62 749-9

Der besondere Tip:

Thomas Schmid (Hrsg): Entstaatlichung
Neue Perspektiven auf das Gemeinwesen
Klaus Wagenbach Verlag Fr. 15.--